

Marie-Luise Dött

Mitglied des Deutschen Bundestages
Umweltpolitische Sprecherin der
CDU/CSU-Bundestagsfraktion



Berlin aktuell
Die Woche im Bundestag

28.09.2018

Baukindergeld und Wohngipfel zur Entlastung der Bürger

In der vorvergangenen Woche ist der Beginn des Baukindergeldes angekündigt worden. Damit ist es gelungen, eine zentrale Maßnahme der Wohnrauminitiative nach intensiven Verhandlungen vor dem großen Wohngipfel am 21. September 2018 erfolgreich an den Start zu bringen.

Der Wohngipfel, zu dem die Bundeskanzlerin, Angela Merkel, eingeladen hatte, brachte zahlreiche Bundesminister, Ministerpräsidenten, Länderbauminister, die kommunalen Spitzenverbände, Vertreter der Bau- und Wohnungswirtschaft sowie weitere relevante Verantwortliche auf den Wohnungsmärkten zusammen, um eine umfassende Wohnraumoffensive für 1,5 Millionen neue Wohnungen in Deutschland zu verabreden. Mit öffentlichen und privaten Investitionen soll die Stabilität des Wohnungsmarktes wiederhergestellt werden. Es soll kräftige Impulse und eine Anpassung der rechtlichen Rahmenbedingungen geben. Bund, Länder und Kommunen wollen für mehr Neubau und sozialen Ausgleich bei der Wohnraumentwicklung sorgen. Daher sollen sowohl Häuslebauer, als auch Mieter, unterstützt werden.

Gerade junge Familien sollen dabei unterstützt werden, damit sie sich den Traum von einem eigenen Heim erfüllen können. Im Koalitionsvertrag ist daher die Einführung eines Baukindergeldes zur finanziellen Unterstützung von Familien mit Kindern für den erstmaligen Erwerb von selbstgenutztem Wohneigentum vereinbart worden. Das Baukindergeld senkt die Finanzierungsbelastung und ermöglicht dadurch vielen Familien erst den Schritt ins eigene Zuhause. Dies hat auch einen hohen Stellenwert für die Vermögensbildung und Altersvorsorge und wird zur Erhöhung der im europäischen Vergleich geringen Eigentumsquote in Deutschland führen.

Das Baukindergeld wird flächendeckend in Deutschland bis zu einer Einkommensgrenze von 75.000 Euro zu versteuerndem Haushaltseinkommen pro Jahr und zusätzlich 15.000 Euro pro Kind gewährt. Der Zuschuss in Höhe von 1.200 Euro je Kind und pro Jahr wird über 10 Jahre ausgezahlt. Eine Familie mit einem Kind erhält somit einen Zuschuss über 10 Jahre von insgesamt 12.000 Euro. Mit jedem weiteren Kind erhöht sich der Zuschuss um 12.000 Euro. Gewährt wird das Baukindergeld rückwirkend ab dem 1. Januar 2018.

Gefördert wird dabei ausschließlich der Ersterwerb, das heißt der erstmalige Kauf oder Neubau, von selbstgenutztem Wohneigentum in Deutschland. Neubauten sind förderfähig, wenn die Baugenehmigung zwischen dem 1. Januar 2018 und dem 31. Dezember 2020 erteilt wurde/wird.

Nach dem jeweiligen Landesbaurecht sind nur anzeigepflichtige Vorhaben förderfähig, wenn die zuständige Kommune nach Maßgabe der jeweiligen Landesbauordnung durch die Bauanzeige Kenntnis erlangt hat und mit der Ausführung des Vorhabens zwischen dem 1. Januar 2018 und dem 31. Dezember 2020 begonnen werden durfte.

Beim Erwerb von Neu- oder Bestandsbauten muss der notarielle Kaufvertrag zwischen dem 1. Januar 2018 und dem 31. Dezember 2020 unterzeichnet worden sein.

Weitere detailliertere Informationen für eine Beantragung des Baukindergeldes sind auch im Internet unter www.kfw.de/424 abrufbar.

Spiele auf der Computerspielemesse

„Gamescom“ in Köln wurden mit Spitzenzahlen bei Besuchern und Ausstellern neue Rekorde erzielt. Über 34 Millionen Deutsche spielen gelegentlich oder regelmäßig Computer- und Videospiele. Ihr Durchschnittsalter steigt stetig und lag 2018 bei 36,1 Jahren. Der Anteil der Frauen liegt bei 47 Prozent. Beliebteste Spiele-Plattform ist mittlerweile das Mobiltelefon, noch vor dem PC. 18,2 Millionen Personen gaben an, ihr Smartphone zum Spielen zu nutzen, 17,3 Millionen nutzten ihren PC. Jeder 3. Nutzer von digitalen Spielen hat sich bereits mindestens einmal zum gemeinsamen Spiel mit Freunden und Bekannten getroffen. Angesichts der breiten Nutzung digitaler Spiele in der deutschen Gesellschaft ist es folgerichtig, dass der deutsche Markt für Computer- und Videospiele kontinuierlich wächst – um 15% von 2016 auf 2017, als 3,3 Milliarden Euro in diesem Marktsegment umgesetzt wurden. Der deutsche Marktanteil an den Spieleentwicklungen bleibt dabei gering, und fiel im Jahr 2017 auf einen Wert von 5,4 Prozent. (Verband der deutschen Games-Branche)

Lohnende Investition

Weiterbildungen sorgen dafür, dass Menschen im Beruf nicht den Anschluss verlieren. Gleichzeitig stärken die Angebote den gesellschaftlichen Zusammenhalt und fördern die soziale Integration. Das ist auch die Botschaft des deutschen Weiterbildungstages, der sich am 26. September zum siebten Mal jährt. Im Bereich Weiterbildungen hat sich in den vergangenen Jahren viel getan: So ließen sich 2016 rund 34 Prozent der Geringqualifizierten weiterbilden, etwa sechs Prozentpunkte mehr als noch zehn Jahre zuvor. Gerade für sie sind Fort- und Weiterbildungen besonders wichtig. Die Bundesagentur für Arbeit investiert aktuell rund 1,2 Milliarden Euro in Weiterbildungen, etwa doppelt so viel wie noch vor zehn Jahren. Damit richtet sie sich dabei besonders an geringqualifizierte Arbeitslose. Ohne die Unterstützung wäre Weiterbildung für diese Gruppe besonders schwierig, weil sie von betrieblichen Angeboten ausgeschlossen ist. Die Bundesagentur für Arbeit bietet darüber hinaus an, Berufsabschlüsse nachzuholen und sogenannte Teilqualifikationen zu erreichen. Solche Angebote sind für Geringqualifizierte besonders geeignet, weil sie mit diesem Ansatz ihre Arbeitsmarktchancen verbessern können. Hier ist allerdings noch Luft nach oben: Bisher nutzen viele Betroffene diese Möglichkeiten noch nicht ausreichend. ([IW Köln](#))

Realistische CO2-Auflagen bei PKW

In der Europäischen Union wird derzeit über die CO₂-Flottengrenzwerte von PKW für den Zeitraum bis 2030 verhandelt. Zur sich nun abzeichnenden Positionierung

der Bundesregierung erklärt der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Georg Nüßlein: "Klimaschutz gelingt nicht durch das Setzen immer höherer Hürden, die technisch und finanziell nicht machbar sind. Wir brauchen vielmehr ambitionierte, aber auch erreichbare Ziele. Deshalb ist es richtig, dass sich die Bundesregierung bei den europäischen Verhandlungen zum PKW-Flottengrenzwert für eine Reduktion von weiteren 30 Prozent bis zum Jahr 2030 einsetzt. Dieses gleichwohl anspruchsvolle Ziel vertritt auch die EU-Kommission. Wer wie bis zuletzt die Bundesumweltministerin verlangt, dass der heutige CO₂-Ausstoß innerhalb eines Jahrzehnts halbiert werden soll, der schießt übers Ziel hinaus. Glaubhafte Klimapolitik kann nicht im Setzen unrealistischer Zielwerte und der gleichzeitigen Suche nach Schuldigen bei deren vorprogrammierter Verfehlung bestehen. Um zusätzliche Wege zur Emissionsreduktion im Verkehrsbereich zu eröffnen, sollte auch der Einsatz synthetischer Kraftstoffe auf die Treibhausgas-Bilanz anrechenbar werden. Es ist nicht nachvollziehbar, warum Elektrofahrzeuge hier überaus positiv berücksichtigt werden, egal mit welchem Strom sie geladen werden, und synthetische Kraftstoffe gleichzeitig keinerlei Einfluss in die Bilanzierung finden, obwohl ihr Einsatz mit massiv weniger Treibhausgas verbunden ist."

Innovative Klimaschutzprodukte

In der „Kleinserien-Richtlinie“, dem jüngsten Programm im Rahmen der Nationalen Klimaschutzinitiative (NKI) des Bundesumweltministeriums, wurden jetzt die ersten 82 Förderanträge für rund 100 Schwerlastfahrräder bewilligt. Gefördert werden innovative Produkte und Verfahren für den Klimaschutz, die bereits in Kleinserien produziert werden und deren Marktdurchdringung durch die Förderung erleichtert und beschleunigt werden soll. Insgesamt wurden bislang rund 260.000 Euro bereitgestellt. Von der Förderung profitieren können Kommunen ebenso wie Unternehmen und weitere Organisationen. Für die Anlagen zur Wärmerückgewinnung aus häuslichem Brauchwarmwasser können auch Privatpersonen Anträge stellen. Die Antragstellung erfolgt mit dem elektronischen Antragsverfahren. Weitere Informationen zur Nationalen Klimaschutzinitiative: www.klimaschutz.de. Weitere Informationen zur Kleinserien-Richtlinie unter: www.klimaschutz.de/kleinserien-richtlinie sowie www.bafa.de/kkp.

Zitat

„Das Ziel lautet: Engpässe beseitigen und dabei keine Zeit verlieren! (...) Die Planungs- und Genehmigungsverfahren werden einfacher, effizienter, transparenter, und schneller“, (Verkehrsminister Andreas Scheuer, CSU, zum Planungsbeschleunigungsgesetz, am Mittwoch. AFP)